

Roland Roth: Demokratiestärkung, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche Transformation¹

Vortrag gehalten in der konstituierenden Sitzung der BBE-AG
»Demokratiestärkung, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche
Transformation« am 28.1.2025

Vorbemerkung

Die neue BBE-AG vereint gleich drei Megathemen, die jeweils für sich genügend Stoff für eine intensive Befassung verdienen. Gleichwohl ist der Dreiklang gut gewählt, weil sich die drei Themenstränge verschränken.

Meiner Ausbildung entsprechend gehe ich vom Fokus Demokratiestärkung bzw. -schwächung aus und stelle von dort einige Verbindungen zu Nachhaltigkeit und Transformation her. Es ist klar, dass ich dabei keinem der drei Schwerpunkte wirklich gerecht werden kann.

1. Die aktuelle Lage in Deutschland und in anderen Teilen der Welt ist von einer Kaskade krisenhafter Entwicklungen gekennzeichnet, die sich zum Teil wechselseitig verstärken. Hinzu kommt ein umfassender gesellschaftlicher und ökonomischer Transformationsbedarf in Richtung Digitalisierung, Dekarbonisierung und Nachhaltigkeit. Das Zusammenspiel von kurz- und mittelfristigen Herausforderungen dürfte zur Signatur unserer Epoche werden (Korte u.a. 2023). Dabei besteht die Gefahr, dass aktuelle Krisen längerfristige Krisenentwicklungen so überlagern, dass sie fast unsichtbar werden. Ein Beispiel bietet die Klimakrise, die 2022/23 mit einer Schadenshöhe von ungefähr 270 Milliarden USD, mehr als 30 Tsd. unmittelbaren Opfern und etwa 185 Millionen Betroffenen weltweit – öffentlich kaum bemerkt - ihre bis dahin massivste Ausprägung hatte (OECD Climate Action Monitor 2023: 36). Ein Jahr später ist bereits der Kipppunkt von 1,5 % durchschnittlicher Erwärmung gegenüber der vorindustriellen Ära erreicht und die klimabedingten Katastrophen und Zerstörungen haben noch einmal zugenommen (OECD Climate Action Monitor 2024). Wer im Bundestagswahlkampf von 2025 nach dem Thema Energiewandel

¹ Die Konzepte Nachhaltigkeit und Transformation sind keineswegs eindeutig und existieren in zahlreichen Versionen. Für unseren Zusammenhang mag folgende Definition genügen: »Transformation bedeutet dann einen umfassenden und längerfristigen Umbau- und Umbruchsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft, der ‚tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystem und Lebensstilen sowie ein [neues] Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft‘ (WBGU 2011: 1) erfordert« (Bundeskanzleramt 2024: 12).

sucht, wird nur wenig Konkretes finden. Der AfD ist es dagegen erfolgreich gelungen, ihr Thema Migration an die erste Stelle zu setzen.

Vielfachkrisen oder Polykrisen erzeugen breite Verunsicherungen, die in vielen Bereichen des Alltags spürbar sind (Taylor 2023). Sie strapazieren das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit und andere institutionelle Sicherheitsversprechen. Gleichzeitig verschärfen sie Verteilungskämpfe und steigern soziale Ungleichheiten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist heute in den OECD-Ländern armutsgefährdet (OECD 2023: 17). Wir sollten davon ausgehen, dass Kosten und Nutzen der gegenwärtigen Krisen und ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Bewältigungsversuche sozial höchst ungleich verteilt sind (vgl. Keen 2023). Dazu trägt eine wachsende politische Ungleichheit bei, die aktuell ihre obszönste Ausprägung im Kabinett von Milliardären und Multimillionären der 2. Trump-Regierung und ihrer demonstrativen Unterstützung durch superreiche Unternehmer erfahren hat.

2. Multiple Krisen strapazieren die Leistungsfähigkeit demokratischen Regierens auf nationalstaatlicher Ebene. Autoritäre Herrschaft scheint in Krisenzeiten im Vorteil, weil sie schnelle Lösungen durchsetzen kann, ohne auf Vetogruppen und die Akzeptanz in der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen. So lautet die Botschaft von Milei bis Trump.

In moderater Form zeichnet sich in Deutschland seit Corona und verstärkt mit der Ampel-Regierung eine Neigung zum »kernexekutiven Regieren« (Korte u.a. 2023) ab. Dieses verzichtet weitgehend auf die intensive Willensbildung in Parteien und Parlamenten und folgt eher technokratischen und expertokratischen Maximen. Die Wiederkehr »starker Männer« und einiger »starker Frauen«, wie gerade in Deutschland, scheint aktuell eine naheliegende Antwort auf die Krise »kernexekutiven Regierens« vom Typus »Ampel«. Die historischen Erfahrungen mit den »Strongmen« sollten uns jedoch zu denken geben: »Ihre Entschlossenheit durchzuregieren, schafft erst jene Katastrophen, die abzuwenden sie sich andienen« (Bröckling 2023: 27). Im aktuellen Wahlkampf lassen sich auch hierzulande autoritäre Gesten finden.

3. Gleichzeitig erleben wir eine Krise demokratischer Repräsentation. In vielen europäischen Ländern sind die Parteiensysteme der Nachkriegszeit weitgehend verschwunden. Klassische Volksparteien leiden an Auszehrung, die Zahl der Parteimitglieder sinkt, die Wahlbeteiligung wird ungleicher und von einer fairen Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen in den Parlamenten kann nicht gesprochen werden. Diese Entwicklungen beschädigen die Legitimation von Wahlen, Parlamenten und Regierungen. Die Politikvermittlung zwischen Bevölkerung und politischen Entscheidern wird zunehmend fragil.

4. Dieses bekannte Krisenszenario liberaler Demokratien blendet jedoch gegenläufige Entwicklungen aus. Mehr als vier Millionen Menschen – mehr als je zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte - haben im 1. Halbjahr 2024 in Deutschland für Demokratie und gegen Rechtsextremismus demonstriert. Letztes Wochenende (25. & 26. Jan. 2025, Anm. d. Red.) erlebten wir eine Auffrischung dieser Proteste. Vielerorts gibt es eine lebendige demokratische Alltagskultur, die von Initiativen, bürgerschaftlichem Engagement und vielfältigen

Beteiligungsprozessen vor allem in lokalen Institutionen, zuweilen auch auf Landesebene getragen wird. In den letzten Jahrzehnten haben wir einen weltweiten Boom in Sachen Bürgerbeteiligung erlebt. Heute fordern 60 – 80% der Bevölkerung hierzulande mehr Beteiligung vor allem auf kommunaler Ebene. Und im Bereich Klimaschutz ist mit »Fridays For Future« die wohl größte und wirksamste transnationale, jugendgeprägte Protestbewegung aktiv geworden. »Ohne dieses freiwillige, unentgeltliche, kooperative und gemeinwohlorientierte Engagement wäre eine Umwelt- und Klimaschutzpolitik, wie sie heute selbstverständlich erscheint, undenkbar« (Embacher/Schwalb 2024: 501).

5. Es spricht deshalb einiges dafür, die gegenwärtige Situation nicht als Wiederauflage des historischen Kampfes zwischen Faschismus und Demokratie zu deuten, sondern als Auseinandersetzung zwischen drei sehr unterschiedlichen Konzepten mehr oder weniger demokratischer Herrschaft zu deuten:

- Die rechtspopulistische Version autoritärer »Demokratie« versucht die vorhandene Repräsentationslücke durch eine, mit »regulierten« Wahlen und demonstrativen Abstimmungen inszenierte Nähe von »Volk« und Regierung zu schließen. Sie mobilisiert dabei rückwärtsgewandte Utopien (»MAGA«), die den realen Veränderungsdruck weitgehend leugnen und mehr Milei und Musk wagen wollen!
- Nach den Ampelerfahrungen hat die »realistische« Version demokratischen Regierens erheblich an Boden verloren. Sie ignoriert demokratische Partizipationsansprüche und arbeitet an der Rückkehr zu einer ausschließlich parlamentarisch verstandenen Demokratie, ohne jedoch auf die Integrationskraft eines festgefügtten Parteien- und Verbändesystems wie in früheren Tagen bauen zu können.
- Zeitgemäß scheint einzig eine starke »vielfältige Demokratie«, die auf eine breite Beteiligung der Bevölkerung setzt, wenn es darum geht, die anstehenden Transformationsprozesse und Vielfachkrisen zu meistern. Mehr Partizipation wagen, lautet deshalb auch eine Empfehlung der OECD (OECD Government 2023). Leider fehlt die Umsetzung.

6. Für die Entfaltung der Alternative »vielfältige Demokratie« kommt der lokalen Ebene eine zentrale Bedeutung zu. Abgesehen von der »Politik des Gehörtwerdens« in Baden-Württemberg und einigen Ansätzen in anderen Bundesländern sind vor allem die Kommunen in den letzten Jahrzehnten zu Experimentierbaustellen partizipativer Demokratie geworden:

- Dafür sprechen Leitbilder und Programme wie »Bürgerkommune« oder »Engagierte Stadt« und »Engagiertes Land«.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, aber auch Bürger-, Jugend- oder Klimabudgets haben sich als Formen direkter Demokratie auf lokaler Ebene bewährt.
- Auch in Krisenzeiten sind Kommunen Orte starken bürgerschaftlichen Engagements. Bei Corona, Hochwasser oder Fluchtzuwanderung haben zivilgesellschaftliche Akteure und Spontanhelfer*innen erheblich zu einer solidarischen Krisenbewältigung beigetragen.

- In der Stadtentwicklungspolitik ist auch von »dritten Orten« – neben Arbeit und Familie – die Rede. Stadtteilzentren und interkulturelle Einrichtungen haben z.B. in der kommunalen Integrationspolitik einen besonderen Stellenwert bekommen. Leicht erreichbar und kostengünstig – möglichst kostenlos –, können Stadtbibliotheken, Parks (gemeinsame Picknicks oder »Singen im Park«), Cafés oder Nachbarschaftseinrichtungen zu interkulturellen Begegnungsorten werden. Auch temporäre Umnutzungen bieten Chancen, wie das Beispiel der temporären Spielstraßen zeigt. Befragungen von Kindern und Jugendlichen, aber auch von bürgerschaftlich Engagierten jeden Alters verweisen auf die zentrale Bedeutung verfügbarer öffentlicher Räume.
- Eine wichtige kommunale Aufgabe ist die Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Selbstkorrektur (»civil repair« – Alexander 1998 und 2024). Es gilt, zivile Normen (Respekt, Toleranz, Gewaltfreiheit etc.) gegen menschenfeindliche Aktivitäten und Ansichten geltend zu machen und dabei auf freiwillige Kooperation setzt.

Auch für die anderen Herausforderungen der Vielfachkrise gilt es dieses Potential als Chance zu nutzen, die in einer repräsentativen Befragung von zivilgesellschaftlichen Organisationen so beschrieben wird: »Es vollzieht sich ein Wandel in der Zivilgesellschaft von primär nach innen orientierten Mitgliedschaftsorganisationen hin zu Organisationen, die stärker auf gesellschaftliche Probleme vor Ort einwirken und über die Grenzen der Organisation hinaus Gesellschaft mitgestalten wollen« (Schubert u.a. 2023: 64).

7. Indem Kommunen zu Orten alltäglich erfahrbarer Demokratie werden, schaffen sie ein unabdingbares Gegengewicht zu autoritären Mobilisierungen. Sie begünstigen nicht zuletzt durch Beteiligungspolitik die Erfahrung demokratischer Selbstwirksamkeit. Ihre Weiterentwicklung setzt jedoch die Stärkung der kommunalen Ebene im föderalen Gefüge voraus. Die angekündigte »Altschuldenregelung« für Kommunen könnte ein Schritt in diese Richtung sein. Die vielfach beklagte Infrastrukturlücke sollte nicht nur mit Geld gefüllt werden. Engagement und Beteiligung sind gefragt, damit die Investitionen auch nachhaltig angelegt sind und die Lebensqualität vor Ort verbessern. Aber ohne entsprechend größere Handlungsräume wird auch eine inklusiv angelegte Beteiligung leicht zu einer »Treppe ins Nichts«. Dies gilt nicht zuletzt für die lokale Zusammenarbeit in kooperativen und co-kreativen Netzwerken zu den großen.

8. Entscheidend für die demokratische Zukunft und die Entfaltung einer vielfältigen Demokratie ist das Zusammenspiel einer beteiligungsorientierten Regierungspolitik mit einer demokratischen Zivilgesellschaft, die zur Selbstkorrektur ihrer »dunklen Seiten« in der Lage ist und zugleich eigene Transformationsinitiativen entwickelt und diese umsetzen kann. Gegenwärtig gibt es dazu vor allem auf kommunaler Ebene vielversprechende Ansätze, während auf Bundesebene allenfalls punktuelle Initiativen zu sehen sind.

Die Parteiprogramme zu den aktuellen Bundestags-Wahlen zeigen, dass diese Botschaft noch nicht angekommen ist. Diese Randständigkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation können wir uns demokratiepolitisch auf Dauer nicht leisten.

»Technokratische Illusionen« und »etatistische Transformationsansätze« sind gescheitert: auch wissenschaftlich gut begründete Transformationspläne lassen sich nicht einfach von Regierungsmehrheiten umsetzen (Messner 2024: 190f.) – so auch die Botschaft der »Ampel«. Zukunftsfähig ist nur eine auf Engagement und Beteiligung gegründete demokratische Transformations- und Nachhaltigkeitspolitik. Angesichts der wachsenden politischen Präsenz der AfD – besonders in Ostdeutschland – braucht es eine breite Mobilisierung in Richtung »Stärkung der lokalen Demokratie« durch eine engagierte Bürgerschaft. Aus Leuchtturm-Initiativen und Pionierallianzen müssen gesellschaftliche Mehrheiten werden.

Literaturnachweise

- Alexander, Jeffrey C. (ed.) 1998: Real civil societies. London: Sage
- Alexander, Jeffrey C. 2024: Civil Repair. Cambridge: Polity
- Anheier, Helmut K./Toepler, Stefan 2019: Policy Neglect: The True Challenge to the Nonprofit Sector. Nonprofit Policy Forum. 2019; 20190041
- Bröckling, Ulrich 2023: Starke Männer. Konturen einer globalen Sozialfigur. In: Mittelweg 36 (3/4).
- Bundeskanzleramt (Hrsg.) 2024: Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftliches Projekt. Berlin: Bundesregierung
- Foundational Economy Collective 2019: Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp (es)
- Keen, David 2023: When Disasters Come Home. Making and Manipulating Emergencies in the West. Cambridge: Polity
- Korte, Karl-Rudolf/Richter, Philipp/von Schuckmann, Arno (Hrsg.) 2023: Regieren in der Transformationsgesellschaft. Impulse aus Sicht der Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer VS
- Messner, Dirk 2024: Mehrheiten für den Umbau zur Nachhaltigkeit gewinnen. In: Bundeskanzleramt, 188-192
- OECD 2023: Government at a Glance 2023. Paris: OECD Publishing
- <https://doi.org/10.1787/3d5c5d31-en>
- OECD 2023: The Climate Action Monitor 2023. Paris: OECD Publishing
- OECD 2024: The Climate Action Monitor 2024. Paris: OECD Publishing
- Roth, Roland 2023: Demokratie wirksam fördern. Handlungsempfehlungen für eine demokratische Praxis. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit
- Schubert, Peter/Kühn, David/Tahmaz, Birthe 2023: ZiviZ-Survey 2023. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotentiale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken. Essen: Stifterverband
- Seymour, Richard 2024: Disaster Nationalism. The Downfall of Liberal Civilization. London/New York: Verso
- Taylor, Astra 2023: The Age of Insecurity. Coming Together as Things Fall Apart. Anansi: CBS Massey Lectures
- UBA (Hrsg.) 2024: Den sozial-ökologischen Wandel gemeinsam gestalten. Maßnahmen für die Stärkung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Nachhaltigkeitsinitiativen. Dessau: UBA

- UNICEF 2024: Youth, Protests and the Polycrisis. Florence: UNICEF Innocenti – Global office of Research and Foresight.
<https://www.unicef.org/innocenti/reports/youth-protests-and-polycrisis>
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU
<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>

Autor:

Prof. Dr. Roland Roth ist Politikwissenschaftler – zuletzt am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal – und war Mitglied der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«.

Kontakt: roland.roth1@gmx.de

Redaktion**BBE-Newsletter**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-110

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de